



Eine Photovoltaikanlage mit 480 Solarmodulen betreibt die Bürgerenergiegenossenschaft Ostfildern auf dem Dach des Heinrich-Heine-Gymnasiums. Umweltminister Untersteller (Zweiter von rechts) rät dazu, sich nicht nur auf die Stromproduktion zu konzentrieren
Foto: Bulgryn

„Da wird viel Engagement abgewürgt“

■ OSTFILDERN: Energiegenossenschaften leiden unter wachsendem Regeldruck – Minister: In Wärmenetze investieren

VON HARALD FLÖßER

Vor ein paar Jahren sind Bürgerenergiegenossenschaften geradezu aus dem Boden geschossen. 149 gibt es heute in Baden-Württemberg, mehr als in jedem anderen Bundesland. 26 500 Mitglieder und Teilhaber sind ein Beleg dafür, dass viele Bürger aktiv mitwirken wollen an der Energiewende. Auch in Ostfildern ist dieser Aufbruch mit Erfolgswerten greifbar: Die 2011 gegründete und heute von 259 Anteilseignern getragene Bürgerenergiegenossenschaft hat mittlerweile eine Million Euro investiert. Dafür wurden elf Photovoltaikanlagen gebaut, außerdem ist man mit 250 000 Euro an einem Windpark in Schopfloch/Berghülen beteiligt. Aber der Aufwärtstrend hat einen Knacks bekommen. Es gibt immer mehr bürokratische und gesetzliche Hürden, die die Arbeit erschweren. Neue Projekte werden zunehmend unrentabel. Deswegen gab es zwischenzeitlich sogar einen Aufnahmestopp. „Da wird viel Engagement abgewürgt“, beklagt Heinz Fohrer, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bürgerenergiegenossenschaft Ostfildern und Vorstandsvorsitzender der Volksbank Esslingen. Das Thema erneuerbare Energien sei so komplex ge-

worden, dass es kaum noch von Ehrenamtlichen gemanagt werden könne. Jürgen Fahrlaender, technischer Vorstand, und sein für das Kaufmännische verantwortliche Kollege Armin Schnabel kennen die Probleme. Die wachsende Regelwut macht ihre Arbeit zunehmend schwierig. Als sie Ende 2011 die erste Photovoltaik-Anlage im Scharnhäuser Park in Betrieb nahmen, erlösten sie noch 28,7 Cent pro Kilowattstunde (kWh) Strom. Heute sind es nur noch elf Cent.

Neues Geschäftsmodell

Für Verunsicherung sorgte auch das Vorhaben, die Bürgerenergiegenossenschaften unter das Kapitalanlagegesetz fallen zu lassen. Das würde ihre Arbeit vollends unrentabel machen. Denn es erfordert ein bestimmtes Mindestkapital, Risikomanagement und Compliance. Diese Hürde ist nun offenbar ausgeräumt. Doch es tun sich neue Probleme auf, denn ab 2017 soll die Vergabe von Energieprojekten über Ausschreibungen erfolgen. „Mir ist ein Rätsel, wie das funktionieren soll“, sagte Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) bei einem Besuch in Ostfildern. Die Bürgerenergiegenossenschaften hätten auf-

grund ihrer beschränkten Kapazitäten gar nicht die Möglichkeit, sich an Ausschreibungen zu beteiligen.

In Ostfildern hat man bereits auf die verschlechterten Rahmenbedingungen reagiert. Beim Bau der neuesten Photovoltaik-Anlage auf der Grundschule in Ruit (Investition: 80 000 Euro) entschied man sich für ein neues Geschäftsmodell: Sie wird für 20 Jahre an die Stadt verpachtet. Davon profitieren beide Seiten: Statt den Strom teuer aus dem öffentlichen Netz zu beziehen, kann die Stadt den kostengünstiger produzierten Solarstrom selbst verbrauchen. Und die Genossenschaft erzielt einen akzeptablen Preis. Ein Erlös von elf Cent pro kWh sei gar nicht so schlecht, meinte der Landesumweltminister. Gleichwohl kann er die Sorgen der Genossenschaftler verstehen.

Untersteller riet daher dazu, sich nicht nur auf die Stromproduktion zu konzentrieren, da in diesem Bereich die Erlöse weiter sinken. Erfolgversprechend seien vor allem Investitionen in Nahwärmenetze oder Projekte der Kraft-Wärme-Kopplung. Denkbar wäre für die Genossenschaften auch die Sanierung öffentlicher Gebäude mit sogenannten Contracting-Modellen. Man werde sich nach neuen Geschäftsfeldern umsehen, sagte Ost-

filderns OB Christof Bolay, der dem Aufsichtsrat vorsteht. Im Augenblick gebe es aber „keine große Not“. Denn das gesamte Kapital in Höhe von einer Million Euro sei bereits eingesetzt.

Energieeffizienzzentren geplant

Andrea Lindlohr, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, nannte die Bürgerenergiegenossenschaft Ostfildern ein Vorzeigeprojekt. Zentrales Anliegen der grün-roten Regierung sei es, regionale Energieeffizienzprojekte voranzutreiben. Im Oktober werde man zwölf Standorte für regionale Energieeffizienzzentren im Land bestimmen, kündigte der Minister an. Außerdem sollen neue Förderprogramme für Nahwärmenetze aufgelegt werden. „Da müssen wir uns vor keinem anderen Bundesland verstecken.“ Erst vor kurzem habe das Kabinett das Landkonzept Kraft-Wärme-Kopplung Baden-Württemberg verabschiedet. Damit setze man Impulse, bestehende Anlagen rentabel weiterbetreiben und neue Wärmenetze bauen zu können. Ziel sei, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung zur jährlichen Stromerzeugung im Land bis 2020 von aktuell zwölf auf 20 Prozent zu erhöhen.